Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 123. Freitag, 19. Oktober. 1877.

Herr Tessendorff

hat sich durch Anstrengung des Flinte-schießt-Säbel-haut-Prozesses um die Sache der Preßfreiheit unstreitig ein Verdienst erworben, das dadurch nicht geringer wird, daß es kein freiwilliges ist. Man wird sich erinnern, daß namentlich in Preußen wiederholt der Versuch gemacht wurde, Preßerzeugnisse von der Rechtsregel, daß für jedes Delikt nur ein Gerichtsstand sein kann, auszunehmen und durch Begründung mehrerer Gerichtsstände für ein und dasselbe Preßerzeugniß, die Presse zwischen den verschiedenen Gerichten hindurch förmlich Spießruthen laufen zu lassen. Die Justizcommission des Reichstags beschäftigte sich mit der Frage, und gab den betreffenden Paragraphen der neuen Justizgesetze eine Fassung, welche die Möglichkeit eines solchen, den einfachsten Forderungen der Gerechtigkeit und dem gesunden Menschenverstand zuwiderlaufenden Verfahrens ausschließen sollte. Allein das paßte nicht in den Kram unserer „liberalen" Reichsregierung; Fürst Bismarck erklärte den Commissionsantrag, welcher bereits in zweiter Lesung die Majorität gehabt, für unannehmbar und der Antrag wurde mit den anderen „zu liberal" befundenen Commissionsanträgen und Reichstagsbeschlüssen zweiter Lesung nach dem bekannten skandalösen „Compromiß" in dritter Lesung von dem fügsamen Reichstag über Bord geworfen. Das Damoklesschwert des willkührlichen doppelten und mehrfachen Gerichtsstandes schwebte nach wie vor über der Presse.

Zum Glück wachte Herr Tessendorff. Im Februar des vorigen Jahres veröffentlichte die in Leipzig erscheinende „Neue Welt", welche die Aufmerksamkeit unseres Gesellschaftsretters auf sich gezogen hatte, ein — beiläufig vortreffliches — Gedicht, das die famose Phrase des Grafen Eulenburg: „die Flinte schießt, der Säbel haut" scharf geißelte und u. A. mit Hinweis auf den 18. März 1848 und die — Entfernung des Prinzen von Preußen, jetzigen deutschen Kaisers aus Berlin, die geschichtliche Lehre verkündete, daß die „Flinte schießt, Säbel haut-Praxis" den Machthabern mitunter nicht gut bekomme.

Daß die „Neue Welt" nicht in Berlin verlegt wird, konnte einen Tessendorff nicht geniren; hatte er ja doch von Berlin aus seine Arme und Finger — bei Schließung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei u. s. w. — schon über ganz Preußen ausgestreckt; warum sollte er mit so langen Armen und Fingern nicht auch in das benachbarte Sachsen greifen und sich einen lange ersehnten „Reichsfeind" aus dem reichstreuen Leipzig „herholen" können?

Gedacht, gethan. Die „Neue Welt" wird in Berlin als Sonntagsbeilage mit der „Berliner Freien Presse" ausgegeben; ausgeben und herausgeben ist Eins; jedenfalls ist Berlin ein „Ort der Verbreitung" ergo hat die „Neue Welt" auch in Berlin ihren Gerichtsstand.

Der Redakteur der „Neuen Welt", Liebknecht, wird nach Berlin vor die bekannte 7. Deputation des Stadtgerichts zitirt.

Im vorigen Herbst war erster Termin, der indeß wieder aufgehoben wurde. Hatte man, in Anbetracht der heikeln Thatsachen, die bei Erörterung der Märzereignisse an's Licht kommen mußten, ein Haar in der Sache gefunden? Oder dachte man des bekannten Sprüchworts: „Was lange dauert, wird gut"? Freilich der weise Volksmund hat den fatalen Nachsatz hinzugefügt: „oder gar nichts nutz".

Am 12. Juni dieses Jahres, also nach fünfvierteljährigem Hinschleppen, kam es endlich zur Verhandlung in Berlin.

Liebknecht, der von Anfang an die Competenz des Berliner Stadtgerichts bestritten hatte, erhob sofort den Competenzeinwand.

Herr Tessendorff gab sich die größte Mühe, den Nachweis zu liefern, daß Berlin Ort der Verbreitung, Ort der Ausgabe und folglich Ort des Gerichtsstands sei.

Seine Ausführungen wurden in allen Punkten von dem Angeklagten bekämpft. Liebknecht entwickelte — nach Widerlegung der sehr primitiven juristischen Deduktion des Hrn. Tessendorff — die vollständige Hinfälligkeit der Anklage. Er zeigte, daß, wenn die Tessendorff'sche Auffassung gerichtlich bestätigt werde, das Gesetz über den Gerichtsstand für die Presse aufgehoben und die Presse vogelfrei erklärt sei. Der Umstand, daß die „Neue Welt" von der „Berliner Freien Presse" als Sonntagsbeilage ausgegeben werde, berühre den Standpunkt, das Prinzip gar nicht. Die „Neue Welt" werde in ähnlicher Weise noch von anderen Blättern als Beilage ausgegeben und jeder Zeitung stehe es frei, das zu thun. Auf diese Weise erhielte die „Neue Welt" Dutzende und hunderte von Gerichtsständen. Und ebenso jedes andere Blatt. Das sei schon monströs. Aber, wenn man zu dem eigentlichen Kernpunkt dringe, trete die Monstrosität erst recht hervor. Das wesentliche Moment, welches nach den Ausführungen des Herrn Tessendorff den Gerichtsstand constituire, sei die Verbreitung; ob die Verbreitung eines Preßerzeugnisses — außer am Ort der Herausgabe — durch Filialexpeditionen oder durch einfache Colporteure oder durch Briefträger und die Post geschehe; ob die Zahl der verbreiteten Exemplare groß oder klein sei, das thut absolut nichts zur Sache; Verbreitung sei Verbreitung, und consequenter Weise habe jedes Blatt an jedem Ort, wo auch nur ein einziges Exemplar verbreitet werde, seinen Gerichtsstand. Welch herrliche Aussichten für strebsame Staatsanwälte, die dann die Zeitungen des gesammten Reichs vor ihr Forum laden und der strafenden Justiz überliefern könnten! Freilich, das Ding habe seine zwei Seiten. Während reichsfreundliche culturkämpferische Staatsanwälte von ihrem Gesichtspunkt aus in Deutschland Polizei übten, könnte es einem reichsfeindlichen Staatsanwalt, etwa in Oberbayern, der einem nicht für den Culturkampf begeisterten Gericht attachirt ist, einfallen, mit der kulturkämpferischen Presse ein Hühnchen zu rupfen, und sich dann und wann einen gut reichstreuen Redakteur z. B. aus Berlin „zu langen". Daß es bei solchen Rechtszuständen eine Ironie wäre, von Preßfreiheit, ja nur von einer Presse zu reden, das läge auf der Hand. Es gelte hier das: principiis obsta; man darf nicht dulden, daß der Keil des Unrechts und der Unlogik eingeschoben werde. Wenn der Gerichtshof dem Antrag des Hrn. Tessendorff Folge leiste und von dem Grundsatz, daß jeder Staatsbürger und jedes Vergehen nur einen, fest definirten Gerichtsstand habe, abweiche, so entferne man sich von dem Boden des Rechts nicht allein, sondern auch der Vernunft, und gelange zu geradezu ungeheuerlichem Nonsens (Unsinn).

Die Ausführungen Liebknecht's wurden, nach längerer Debatte zwischen diesem und Hrn. Tessendorff, von dem Gerichtshof acceptirt und sind durch alle Instanzen als zutreffend anerkannt worden.

Für Preußen ist es nun festgestellt, daß ein Preßerzeugniß bloß einen Gerichtsstand haben kann, den des Erscheinungsorts. Und desgleichen ist festgestellt, was unter „Erscheinungsort" zu verstehen ist.

Im übrigen Deutschland, wo ohnehin dieser Grundsatz bisher unseres Wissens nicht bestritten wurde, wird die Rechtsauffassung des preußischen Obertribunals auf keine Opposition stoßen.

Das Verdienst des Hrn. Tessendorff um die Presse wird hiernach Jedem einleuchten. Was der deutsche Reichstag in seiner Knechtseligkeit versäumt, das hat der große Berliner Staats- und Gesellschaftsretter Tessendorff glücklich bewerkstelligt: er hat durch seine juristische „Genialität" in den Bismarck'schen Compromiß ein Loch gemacht und der vogelfreien deutschen Presse einen festen Gerichtsstand verliehen.

Dank ihm!

An unserem Dank wird er sich's wohl genügen lassen müssen. Denn einen Orden bekommt er gewiß nicht.

Die Motive des Sozialismus.

Ein Wort wider „christliche" Beschuldigungen, von F. R.*)

In Nr. 110 des „Vorwärts" hatte ich einige Thesen veröffentlicht, die ein Herr Pfarrer Hager in einer Conferenz unter dem Beifall der Versammelten losgeschossen hat. Darin wird behauptet, wir beriefen uns auf eine angebliche Gleichheit aller Menschen; wir wollten eine völlig gleiche Vertheilung aller Güter und Lebensgenüsse; diese Meinung sei eine „intellektuelle" und, weil „unlauteren" Motiven, als „Genußsucht, Habsucht, Neid, Klassenhaß entspringend, auch eine „unmoralische Verirrung". Da die sozialistischen Pläne nur gewaltsam durchgeführt werden könnten, widersprächen sie dem Geist des Christenthums und seien daher „weniger durch Gewalt als durch moralische Mittel", mit dem Geist christlicher Liebe und Milde zu bekämpfen.

Zu diesem Geist „christlicher Liebe und Milde" giebt der Herr Pfarrer durch seine Beschuldigungen, von denen auch nicht eine begründet ist, eine ansprechende Illustration. Wir könnten sie sehr kurz abfertigen mit der Bemerkung, der Herr Pfarrer möge die Grundlagen der Ideen des Sozialismus einmal ernstlich aus anderen Schriften, als etwa der von Pfarrer Schuster, studiren; indeß obige Vorwürfe sind in einem solchen Grade der Typus des Gedankengangs einer ungeheuren Zahl unsrer Gegner, daß es sich lohnen mag, sich ausführlicher mit ihnen zu beschäftigen, als das Thema einer Spezialconferenz es im Allgemeinen verdient.

Es ist eine eigenthümliche, heutzutage recht kraß hervortretende Erscheinung, daß gerade die „gebildeten" Klassen sehr früh in hergebrachten oder in frischerer Jugendzeit erdachten Anschauungen verknöchern, und dann rein unfähig werden, irgend etwas, und sei es das Einfachste, zu begreifen, wenn es sich nicht in den Kreis ihrer Anschauung zwanglos fügt. Leuten, die innerhalb ihres eigenthümlichen Gesichtskreises mit ganz erklecklichem Scharfsinn denken, geht gleichsam aller Verstand aus, wenn auch die einfachste Frage den Anspruch stellt, aus sich heraus verstanden zu werden. Die naivsten, schülerhaftesten Mißverständnisse, die bodenlosesten Behauptungen über den Sozialismus stammen aus dieser Quelle. Nicht selten ist es gerade diese Art geistiger Beschränktheit, welche Vorwürfe zu Tage fördert, die der rascher Urtheilende dem bösen Willen der Betreffenden zuzuschreiben geneigt ist.

Von dieser Art der Urtheilslosigkeit sollten, theoretisch betrachtet, die Diener einer Religion frei sein, welche gebietet: Prüfet Alles, und das Beste behaltet. Dem „Geist" des Christenthums entspricht es, theoretisch nur das rücksichtslose Streben nach Wahrheit, praktisch nur das liebevolle Suchen nach dem besten Wege, der zur möglichsten Beglückung aller Menschen führt, als Prinzip auf die Fahne zu schreiben. Die weit überwiegende Mehrzahl der Pastoren scheint aber nicht geneigt, ihren in Wahrheit unchristlichen Glauben zu verlassen, nach welchem ein bestimmter Glaube als Wahrheit, ein bestimmter Weg als der allein zur Glückseligkeit führende gelehrt, und jeder Zweifel, der nicht wieder zu diesem Glauben zurückführt, als Sünde verflucht wird.

Begreiflich wird das allenfalls aus ihrem Entwickelungsgang, vermöge dessen sie von Jugend auf in jenen Standpunkt mehr und mehr einrosten, bis ihnen ihre spezielle Lehrmeinung als unumstößlich wahr und als Maßstab für alle Erscheinungen des Lebens gilt. Wird dieser Maßstab nun bei Beurtheilung des Sozialismus angelegt, so muß selbstverständlich das Gleiche herauskommen, wie bei Gevatter Schneider, der seines Nachbars Milchkühe mit der Elle maß, um ihre Ergiebigkeit zu prüfen.

Danach kann es uns nicht einfallen, Herr Pfarrer, zu hoffen, daß die folgende Auseinandersetzung Ihnen das Recht des Sozialismus völlig erweise. Aber vielleicht bekommen Sie doch eine leise Ahnung davon, daß Ihre Elle nicht genügt, um uns zu messen, und unterlassen in Zukunft wenigstens, unsern Charakter als Partei moralisch herabzuziehen. Jedenfalls aber dürfen wir nicht müde werden, gegnerische Vorwürfe zurückzuweisen, so lange eine Logik wie die Ihrige noch Einfluß auf die Massen zu üben vermag.

Zunächst, Herr Pfarrer, berufen wir uns nicht auf eine angebliche Gleichheit aller Menschen. Eine solche Absurdität wagte uns selbst Herr Professor Gareis in Gießen nicht zu imputiren, der in seinem sonst von ähnlichem Vorurtheil wie Ihre Thesen beherrschten Schriftchen eine derartige Ansicht für unmöglich hält, daß er uns mit derselben ad absurdum zu führen glaubt. Es heißt da S. 36: „Endlich wird angestrebt die Beseitigung aller politischen und sozialen Ungleichheit — auch die aller natürlichen Ungleichheit unter den Menschen. Das wird und kann man nicht, — darum (!) wird auch immer die soziale und politische Ungleichheit bleiben." Wie verkehrt das letztere auch sei, Professor Gareis ist doch so einsichtig, uns die Sinnlosigkeit nicht zuzutrauen, deren Sie uns in einer grundlegenden These beschuldigen.

Sie sind im Irrthum, Herr Pfarrer! Damit Sie es besser glauben, setze ich einen Satz eines unserer Vorkämpfer, einen Satz Ferdinand Lassalle's hierher, den ich seiner Schrift: „Die Wissenschaft und die Arbeiter", S. 16, entnehme:

Wären wir alle gleich reich, gleich gescheit, gleich gebildet (d. h. wir sind es nicht, Herr Pfarrer!), so möchte diese sittliche Idee (die der Bourgeoisie, daß dem Individuum nichts als die ungehinderte Entfaltung seiner Kräfte zu garantiren sei) eine ausreichende sein. Da aber diese Gleichheit nicht stattfindet und nicht stattfinden kann, da wir nicht als Individuen schlechtweg, sondern mit bestimmten Unterschieden des Besitzes und der Anlagen in die Welt treten, die dann auch wieder entscheidend werden über die Unterschiede der Bildung, so ist diese sittliche Idee noch keine ausreichende. Denn wäre nun dennoch in der Gesellschaft nichts zu garantiren, als die ungehinderte Selbstthätigkeit des Individuums, so müßte das in seinen Consequenzen zu einer Ausbeutung des Schwächeren durch den Stärkeren führen ꝛc.

Die Anlagen, mit denen wir also in die Welt treten, sind verschieden, und sie sind zum Theil entscheidend für den Erwerb von Bildung, die demnach ihrestheils auch in jedem Fall ungleich ausfallen muß. Sie begreifen, daß Ihre Unterstellung auf mich einen ähnlichen Eindruck machen mußte, als es Ihnen machen würde, wenn ich behauptete, die Bibel erkläre Adam für einen König der Juden.

Ich kann mir zwar denken, wie Sie zu Ihren Voraussetzungen kommen, da ja solche bei Ihrer Partei durchaus nicht unerhört sind (S. H. v. Treitschke contra Schmoller, in Schmoller: Grundfragen des Rechts und der Volkswirthschaft). Sie haben gewiß einmal gelesen, daß alle Menschen gleich geachtet werden müßten; oder haben das Fichte'sche Wort von der Gleichheit alles dessen, was Menschenangesicht trägt, in einem sozialistischen Schriftstück verwandt gefunden. Was sollen diese Sätze wohl bedeuten? Es muß immerhin befremden, daß ein Mann, der Worte auszulegen hat, wie Math. 23, 8: Ihr aber seid alle Brüder, oder Luc. 22, 26: Der Größeste unter euch soll sein, wie der Jüngste, und der Vornehmste wie ein Diener; daß ein solcher Mann auf Grund von Stellen wie die genannten uns das Berufen auf eine „völlige" Gleichheit aller Menschen unterstellen kann.

Die einzige Gleichheit, die wir — mit Ihnen, Herr Pfarrer, wie ich denke — annehmen, ist die Gleichheit als Menschen und die daraus herfließende Rechtsgleichheit; „die angeborene Gleichheit, d. i. die Unabhängigkeit, nicht zu mehrerem von andern verbunden zu werden, als wozu man sie wechselseitig auch verbinden kann." (Kant, Metaphysik d. Sitten; das angeborene Recht.) Der Unterschied, der uns von Ihnen trennt, wird, wie ich glaube, der sein, daß wir die Frage, was Rechtsgleichheit sei, sorgfältiger untersucht und genauer präzisirt zu haben meinen, als Sie.

Außerdem sehen wir nur Ungleichheiten. Wir wissen so gut wie Sie, daß es manchem Pastor auch mit dem besten Willen nicht gelingt, eine leidliche Predigt zu machen, während der andere sie aus dem Stegreif spricht; wir wissen, daß der Umstand, daß ein Pfarrer die Annehmlichkeiten der Residenz genießt,

---

*) Herr Pfarrer H. hat in Nr. 117 des „Vorwärts" auf meinen in Nr. 110 enthaltenen Bericht entgegnet, und mir Fälschung seiner Thesen vorgeworfen. Als Verfechter christlicher Milde und Liebe hätten Sie, Herr Pfarrer, nicht gleich auf diese Erklärung meiner Abweichungen vom richtigen Texte Ihrer Thesen verfallen sollen, da diese doch einfach den Grund haben, daß mir die „Ev. Blätter" nur zufällig und im Vorbeigehen zu Gesicht kamen und ich in großer Eile abschrieb. Ich bitte Sie indessen, einmal genau zuzuschauen, ob durch Auslassung des Artikels „die" ꝛc. wirklich der Sinn gefälscht ist. Und zwecklos „fälscht" man nicht. Auf meine beiläufigen Bemerkungen haben Sie mehr Werth gelegt, als ich selber. Da Sie dieselben indeß so heftig angreifen, erwidere ich Folgendes: Die Gleichheit ist etwas Angebliches nach Ihrer Anschauung; wir werden uns aber doch nicht auf ein Angebliches berufen, wie Ihre These uns nachsagt. Das Gleichniß vom Fuchs kann ich die „boshafte Welt" ruhig auslegen lassen. Ich lebe der frohen Ueberzeugung, daß die Erkenntniß des Sozialismus Ihnen und Ihresgleichen die Seelen der Menschen mehr und mehr unzugänglich macht, den Füchsen also den Hühnerstall verschließt. — Die von Ihnen sogenannte wirthschaftliche Verirrung als Genus dürfte doch wohl in eine intellektuelle (1. Species) und eine moralische (2. Species) naturgemäß zerfallen. Indeß (den Triumph darf ich Ihnen wohl gönnen!) Sie haben mich überzeugt, daß auch Ihr Gedankengang sich rechtfertigen läßt. Ich hoffe Ihnen mit diesem Eingeständniß ein Vorbild zu geben, für den Fall Sie, wie wohl jeder Mensch einmal, in die Lage kommen sollten, sich im Unrecht zu fühlen.

während der Herr Amtsbruder auf dem hinteren Vogelsberg neben seiner traurigen Umgebung noch das Vergnügen hat, die Erziehung seiner Söhne in der Stadt doppelt theuer bezahlen zu müssen, eine für Letzteren recht schmerzliche Ungleichheit bildet; wir wissen ferner, daß man in Neapel keine Seehundsfelle und in Grönland keinen Sommerbuckskin trägt; wir wissen endlich, daß diese Ungleichheiten sich nicht abstellen, sondern höchstens in ihren Folgen minder empfindlich machen lassen; wie ja jetzt bereits eventuell die Schmerzen des Herrn Amtsbruders vom Vogelsberg durch Stipendien gelindert werden.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Unter diesem Titel bringt die ministerielle „Provinzial-Correspondenz" eine warme Empfehlung der Victor Böhmert'schen „Sozial-Correspondenz" und preiset dieses Jammerblatt als eine geistige Waffe gegen den Sozialismus. Graf Eulenburg, der die „Provinzial-Correspondenz" inspirirt, war bekanntlich in seiner Reichstagsrede gegen die Sozialdemokratie auf den Schuster gekommen, nun vollendet er sein Geschick und kommt gar auf den Böhmert. Zeit ist's, daß er sich recht bald von seinem Ministerposten entfernt.

Nachdem die „Provinzial-Correspondenz" das Lob Victors gesungen hat, stellt sie übrigens auch uns ein unverblümtes Zeugniß aus, indem sie schreibt: „Während aber der erklärte und unversöhnliche Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft von Jahr zu Jahr an Geschick im Angriff, an Macht und Zuversicht gewinnt, wird von den Vertretern des Bürgerthums nichts gethan, um die Gesellschaft mit Waffen des Geistes zu vertheidigen."

Die „Provinzial-Correspondenz" vergißt ihren Lobgesang auf die geistigen Waffen Böhmerts, der doch gewiß viel als Vertreter des Bürgerthums thut.

Sie fährt dann fort: „Es gibt im Augenblicke für die gemäßigten Parteien keine dringendere Aufgabe, als den weiteren Fortschritten der unterwühlenden sozialdemokratischen Lehren Einhalt zu thun: die hierzu von erprobter sachkundiger Hand dargebotene Hilfe wird für die Mehrzahl der Blätter von Werth sein."

Die sachkundige Hand Böhmert's soll den Karren des Bürgerthums wieder aus dem Schmutz holen. O Eulenburg, was bist Du für ein Menschenkenner: Schuster und Böhmert!

— Das Oberverwaltungsgericht fällte jüngst eine Entscheidung, die für die ländlichen Arbeiter von besonderer Wichtigkeit ist. Ein Arbeiter nämlich, der für die Saat- und Erntezeit gegen Wochenlohn, freie Wohnung, Kost und Naturalbezug angenommen war, hatte dies Vertragsverhältniß einseitig gelöst und ward polizeilich zwangsweise in dasselbe zurückgeführt, weil angenommen war, daß das Gesetz vom 24. April 1854 dergleichen ländliche Arbeiter dem Gesinde gleichstelle. Ein solches Zwangsverfahren ist nun aber als ungesetzlich verworfen worden, weil ein Haupt-Begriffsmerkmal des Gesindes, nämlich der Zusammenhang, die Zugehörigkeit zu der Familie des Arbeitgebers in dem fraglichen Verhältniß fehle. — Die Zugehörigkeit des Gesindes zur Familie des Arbeitgebers ist natürlich, wie der Entscheid auch sehr richtig betont, nur als Begriff aufzufassen, in Wirklichkeit ähnelt diese „Zugehörigkeit" der Sklaverei wie ein Ei dem andern.

— Zwei Versammlungen, die der Erwähnung werth sind, tagten jüngst in Dresden — eine Generalversammlung des sächsischen Lehrervereins und ein sächsischer Gemeindetag. In der Lehrerversammlung wehte ein reaktionärer Wind, so reaktionär, daß man sich beim Durchlesen der Verhandlungsberichte schier nach Rußland versetzt fühlen könnte, wo bekanntlich die Knute der pädagogischen Unfähigkeit der Volkserzieher zu Hilfe kommen muß. Auf der Tagesordnung stand nämlich als zweiter Punkt das „Züchtigungsrecht", dessen Erweiterung durch die Annahme folgender Thesen seitens der sächsischen Lehrer gefordert wird:

„Der Vorstand des Lehrervereins wolle ein Gesuch an das Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts richten, um dasselbe zu bewegen, dahin zu wirken, daß den §§ 223, 230 und 332 im deutschen Strafgesetzbuche eine für die Lehrer günstige Form gegeben werde und dabei als Material folgende vier Thesen zu verwenden:

„1) Die durch die körperliche Züchtigung eines Schülers von Seiten des Lehrers erzeugten Schwielen oder Anschwellungen sind keine „Körperverletzungen im Sinne der §§ 223, 234 und fg. des Strafgesetzbuches für das deutsche Reich und daher criminell nicht zu verfolgen.

„2) Die etwa vorkommenden Ueberschreitungen der Strafbefugnisse eines Lehrers sind keine Criminalverbrechen, sondern entweder Unglücksfälle oder Disciplinarüberschreitungen und daher nicht nach Abschnitt „Sieben" § 223 u. fg. des mehrerwähnten Strafgesetzbuchs zu behandeln und zu bestrafen.

„3) Da die wirklichen Ueberschreitungen beim Züchtigungsverfahren eines Lehrers nur Disciplinarvergehen sind, so sind dieselben nicht von den Gerichts- sondern von den Schulbehörden zu be- und verurtheilen und nur mit Geldstrafen zu belegen.

„4) Dies kann nur unter Zugrundelegung eines amtlichen ärztlichen Zeugnisses eines k. Bezirksarztes erfolgen."

Hoffen wir, daß diese Prügeltheorie die gesetzliche Sanction nicht erhält. Ist die „körperliche Züchtigung" aus der Schule nun einmal nicht zu bannen, so soll sie doch im humanen Sinne ohne obligate „Schwielen" und „Anschwellungen" geübt werden, das ist dem Stande der Lehrer würdiger und dem Zwecke des Bildens ohne Zweifel entsprechender. — Aus den Verhandlungen des sächsischen Gemeindetages ist besonders die Stellung hervorzuheben, welche die ziemlich zahlreich erschienenen Gemeindevertreter in der gegenwärtig überall auf der Tagesordnung stehenden Frage über die Verfälschung der Lebensmittel einnahmen. Man war allgemein der Ansicht, daß dem Unwesen der Lebensmittelverfälschung energisch gesteuert werden müsse und nahm die Versammlung schließlich folgende Resolution an:

„Der Gemeindetag erkennt im Anschluß an das über Lebensmittel-Verfälschung gegebene Referat als nothwendig an, daß der Verfälschung von Nahrungsmitteln und dem Verkauf verdorbener oder gesundheitsgefährlicher Nahrungsmittel durch die Gesetzgebung und geeignete Maßregeln seitens der Gemeindebehörden mit Nachdruck entgegen gearbeitet werde.

„Die Aufgabe der Gesetzgebung würde insbesondere sein: die Regelung der Zulässigkeit der Confiscation und der Veröffentlichung sowie der Organisation."

Auf Antrag von Ludwig-Wolf aus Großenhain soll obige Resolution zur Kenntniß des Reichskanzleramts und der sächsischen Staatsregierung gebracht werden.

— „Gleichheit vor Gott." In Gumbinnen kam neulich folgendes „Schreiben" vor dem Bataillon zur Verlesung: „Der sogenannte Regierungsstand in der altstädtischen Kirche ist nur für Beamte der Regierung und Offiziere der Garnison bestimmt und nicht für Personen des Unteroffizierstandes." Die kürzlich erst entbundene Frau eines Feldwebels hatte nämlich die organische Ständegliederung der Gesellschaft dadurch in ihren Grundfesten untergraben, daß sie bei dem starken Besuch der Kirche auf einer noch halb unbesetzten Bank nahe dem Altar Platz genommen und dadurch augenscheinlich dem Erlasser des „Schreibens", dem Landwehrmajor „ein Aergerniß" gegeben hatte!

Liberaler Jesuitismus. Hat da ein Dr. Konitzer, der der Erpressung angeklagt war, einen interessanten Blick thun lassen auf die Rüstkammer der Liberalen. Seinen Aussagen entnehmen wir nur folgendes: Konitzer war für einen festen monatlichen Gehalt als Agent des „Deutschen Vereins" angestellt, unter dessen Vorstandsmitgliedern Herr v. Sybel, Professor Endemann, Professor Held und Herr Classen-Kappelmann nach Angabe des Angeklagten sich befinden. Besagter Konitzer hatte die Funktion, allerlei Erkundigungen über näher bezeichnete Personen einzuziehen zur Verwerthung in der „Deutschen Vereinscorrespondenz". In Münstereifel, wo er den Bürgermeister Kemp bespionirt hatte, kam die Geschichte an's Licht; der Ehrenmann war vom „Deutschen Verein" entlassen worden und drohte nun dem Kemp, seine über ihn gesammelten Notizen zu veröffentlichen, wenn er ihm nicht 600 M. Schweigegelder gäbe. Der Bedrohte schritt zur Anzeige und Freitag am 12. dieses wurde vor dem Bonner Zuchtpolizeigerichte dem Schuldigen sein Urtheil: ein Jahr Gefängniß und zwei Jahre Verlust der Ehrenrechte verkündigt. Da kämpfen die Sybel ꝛc. mit Hilfe solcher Subjekte den Kampf für Kaiser und Reich; wer findet zwischen dieser Kampfesweise und den vielverfluchten Kniffen und Ränken der Jesuiten einen Unterschied?

— Einen Rückgang — aber keinen sozialistischen mit Gänsefüßchen, sondern einen wirklichen liberalen Rückgang haben wir heut zu verzeichnen — nämlich der „Hamburger Volksfreund, anti-sozialdemokratische Zeitung für Stadt und Land" ist in seinem zweiten Jahrgang am 1. Oktober selig entschlafen. In einem Cirkulair, welches die Redaktion an die edlen Gönner und Gründer des „Volksfreund" versandt hat, werden die Ursachen aufgezählt, welche dem Blatte das Lebenslicht ausbliesen — es sind „vorwiegend materielle", soll wohl heißen: pekuniäre Ursachen. Ja, so ist das liberale Geldsackpack — es will die Sozialdemokratie bekämpfen und versteht keine Opfer zu bringen. Das Cirkulair, von welchem uns ein Exemplar in die Hände gespielt worden ist, nennt auch die Namen derer, die an dem Blatte mitgearbeitet haben und zwar unentgeldlich. Es sind die Herren: Moritz Müller sen., Pforzheim, Landtagsabgeordneter. Dr. Bruno Mertelmeyer, Chefredakteur des „Berliner Börsen-Courier" in Berlin. Albin Kutschbach, Chefredakteur der „Dortmunder Zeitung" in Dortmund. W. Liesenberg, General-Sekretär des liberalen Reichstagswahlvereins in Hamburg. C. Trede, Oberlehrer in Ottensen. Pastor Klinkhardt, Thum in Sachsen. H. Klein,*) Redakteur des „Flyvebladet" in Kopenhagen.

— Zur Pflege der freien Wissenschaft wird Dr. Dühring noch im Laufe des Monats Oktober drei Vorträge halten über „die Freiheit der Wissenschaft", „die Verfolgung der Wissenschaftsgrößen" und „den Rückschritt in den Aufklärungspflichten der Naturwissenschaften", drei Themata, welche wohl geeignet sind, öffentlichen Erörterungen unterzogen zu werden; besonders der letzte Punkt dürfte durch die Affaire Häckel-Virchow von dem größten Interesse sein. Außerdem faßt man die Angelegenheit des beabsichtigten „Vereins für freie Pflege der Wissenschaft" wieder lebhaft in's Auge, welche durch die akademischen Ferien einigermaßen in den Hintergrund getreten war. Falls an dem Prinzip, daß Wissenschaft und Volk zusammen gehören, festgehalten wird, dürfen wir diese Bestrebungen, in die weitesten Kreise Aufklärung in den Natur- und Culturwissenschaften zu tragen, nur mit Freuden begrüßen, da sich dann ein thatsächlicher Nutzen für die Gesammtheit aus dem Unternehmen ergeben würde.

— Auf die französischen Wahlen richtet sich die allgemeine Aufmerksamkeit, und man darf wohl einigermaßen gespannt sein auf das Resultat. 375 Wahlen (von den 534, welche die Kammer zusammensetzen) sind vollzogen; 248 Republikaner und 117 Conservative, von den „363" sind 227 wieder gewählt. Darauf folgten weitere Drahtnachrichten. Die Wahlen sind bis auf 12 bekannt, es wurden 195 Conservative gewählt, 14 Stichwahlen, diese stehen meist günstig für die Conservativen; die Kammer zählt bis jetzt 314 Republikaner und 201 Conservative. Von den „363" sind übrigens sieben nicht wieder wählbar gewesen, weil sie mit Tode abgegangen sind. — Die Wahlbetheiligung soll den Telegrammen nach eine außerordentlich bedeutende gewesen sein, aber keinerlei Unruhen haben irgend welche Störung verursacht; die Truppen in Paris waren während des Wahlsonntags alle in ihre Kasernen consignirt. Im großen ganzen darf man wohl sagen, daß beide Parteien, die Republikaner sowohl, welche nach Gambetta in einer Stärke von 400 Mann in die Kammer zu treten gedachten, als auch die vereinigten „conservativen" Parteien, wie sie jetzt heißen, in ihren Hoffnungen und Berechnungen sich getäuscht haben.

— Das schweizerische Fabrikgesetz gelangt, nebst zwei anderen Gesetzen, am 21. d. M. zur Urabstimmung. Daß es die Fabrikanten an erlaubten und unerlaubten, an ehrlichen und unehrlichen Mitteln nicht fehlen lassen, um das Gesetz zu Falle zu bringen, braucht kaum gesagt zu werden. Natürlich sind auch die Arbeiter auf dem Platze und ihre Agitation für das Gesetz ist wahrhaft großartig zu nennen. Versammlungen über Versammlungen werden einberufen und in den meisten erklärt sich die Majorität für das Gesetz. Ueber den muthmaßlichen Ausfall der Urabstimmung läßt sich mit Bestimmtheit nichts vorhersagen — insofern aber steht die Sache der Arbeiter günstig, als auch aus bürgerlichen Kreisen viele Stimmen für das Gesetz eintreten; und wenn man den Kundgebungen einzelner ultramon-

*) Ueber die Persönlichkeit dieses Klein bitten wir unsre Kopenhagener Genossen um Aufklärung. R. d. „B."

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

(Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845.)

(Fortsetzung.)

Wäre sie das, so wäre sie aber für einen preußischen Unterthan doch immer noch nicht der Geßler'sche Hut, vor welchem Tell ein Compliment machen soll.

Uns geht die Germania selbst in diesem Fall so wenig an, wie der gelbe Drache des Kaisers von China. Die Beziehungen Preußens zum Zollverein und zum deutschen Bunde sind lediglich eine Sache der Regierung; im Bunde, im Zollverein stehen die deutschen Regierungen, nicht die deutschen Völker. Die Völker nehmen nur Theil an den Vortheilen des Bundes und Zollvereins, soweit es ihnen ihre Spezialregierungen gestatten, und nehmen nicht Theil, wo sie es nicht gestatten. Die Unterthanen haben auch keine Pflichten gegen den deutschen Bund; denn, wenn unsere Regierung aus Rücksicht auf ihre Verpflichtungen gegen den Bund auch uns Pflichten gegen ihn auferlegt, so erfüllen wir sie nicht als Pflichten gegen den Bund, sondern als Pflichten gegen unsere Regierung.

Noch aber hat unsere Regierung uns die Verehrung der Germania nicht zur Pflicht gemacht. Insbesondere aber ist sie weder ein preußisches Gesetz, noch eine preußische Staatsanordnung, ja nicht einmal ein preußisches Symbol. Wenn man sie tadelt oder verspottet, so wird das preußische Volk schwerlich einen Anlaß daraus nehmen, mit seiner Regierung unzufrieden zu werden.

Jedenfalls aber muß man zugeben, daß das Bild der Germania immer nur eine Personification der deutschen Nation sein kann, und als solche weder einseitig die Regierten allein, noch die Regierenden allein, sondern beide zugleich symbolisirt, weil beide in der Nation aufgehen. Was also von ihr ausgesagt ist, würde ausgesagt sein sowohl von Regierten als wie von Regierern. So ist auch Wander's eigene Auslegung. Stieber will aber die Germania offenbar als Symbol der Unterthanen in den deutschen Bundesstaaten im Gegensatz zu den Regierungen aufgefaßt wissen, sonst könnte er nicht von Wander's Worten die von ihm versuchte Auslegung machen; er könnte sonst nicht die Regierung als ein Hinderniß des Volksfortschritts auffassen. Wer aber hat je die Germania so einseitig blos als Symbol der Unterthanen aufgefaßt? Die Einseitigkeit, welche Stieber behufs der Denunciation unterlegen will, ist also willkürlich und gar nicht vorhanden. Sie ist untergeschoben, nur um einen Gegensatz als hemmendes Prinzip zu gewinnen; damit dies fälschlich und unwahr herbeigezogene hemmende Prinzip aber den Redner strafbar mache, nennt Stieber es Regierung. Sieht man hiernach die Denunciation genau an, so erhält man

a) einen unsräflichen Wander'schen Satz;

b) zwei Stieber'sche verdächtigende Erfindungen.

Wenn Wander wirklich unter der Germania nur das deutsche unterthänige Volk verstanden, und es als betrübt, fortschrittslos und stumm stillsitzend geschildert hätte, so kann man Stieber doch nicht das Recht einräumen, Wander's Rede willkürlich zu ergänzen, und zu behaupten, Wander habe die Schuld davon der Regierung aufgebürdet, er habe gesagt, die Regierung betrübe das Volk, die Regierung sei es, welche den Fortschritt hemme, die Regierung, welche ihm den Mund verschlossen halte. Wander sagt, Germania sitzt und schreitet nicht, sie schweigt; aber er läßt unerörtert, ob sie freiwillig oder gezwungen still sitze, ob sie aus innerer Trägheit, aus Schlaffheit und so zu sagen aus Maulfaulheit oder aus Ueberlegung schweige; ob sie trüb aussähe, weil sie gekränkt worden, oder aus angeborner Grämlichkeit. Der eine Grund liegt der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit nach so nahe wie der andere. Uebrigens kommt man auf die Stieber'sche Auslegung erst durch mehrere Zwischenfragen.

Wander fragt, warum sie nicht schreite, und wenn man auch antworten wollte, weil sie gehindert sei, so gehört doch immer erst noch wieder eine weitere Frage: wer sie hindere, dazu, um nur endlich die von Stieber gewünschte Antwort geben zu können, die aber auch eine ganz andere sein kann. Stieber ist nicht berufen, irgend eine ihm beliebige Antwort für die Antwort Wander's auszugeben.

Stieber kann nicht in den Seelen der Menschen lesen. Und, wenn er es könnte, so fehlt, da Niemand mitlesen kann, erstens der Beweis dafür, daß er richtig gelesen, und zweitens ein Strafgesetz für verschwiegene Reden. Gedanken liegen dermalen noch außer dem Bereich der Polizei.

Wären Stieber's Unterschiebungen aber auch alle wahr und nachweislich unverschwiegene Wander'sche Reden, so müßte er doch erst die preußischen Gesetze oder Staatsanordnungen nachweisen, welche dem Volke verbieten, lustig auszusehen, vorwärts zu schreiten und zu reden. Nur gegen diese würde sich selbst nach Stieber's künstlicher Unterschiebung Wander's angeblicher Tadel gerichtet haben können. Stieber mag wissen, ob es dergleichen gibt, ich kenne sie nicht. Die große Wander'sche Sünde gegen das für uns Preußen ganz gleichgültige Symbol der Germania geht eben auf nichts hinaus als auf einen Scherz, gerichtet gegen den Superintendenten Nagel und alle Diejenigen, welche erklärt hatten, daß es unmöglich sei, an der Germania etwas zu finden, was Nagel unerklärt gelassen hätte. Es wäre gar zu künstlich, aus Wander's Scherz ihm ein Verbrechen zu machen.

Im weiteren Verfolg des Vortrages geht Wander auf einige bei den Versammlungen bemerkte Mißstände über, namentlich auf den Mangel an Raum für die vergrößerte Zahl der Zuhörer. Unter diesen hatten sich auch mehrere junge Leute und Handwerksgesellen eingefunden. Einigen Mitgliedern, die den Zweck des Vereins mißkannten, war dies nicht angenehm. Wander erinnerte deshalb daran, daß nach den bei der Gründung des Vereins gefaßten Beschlüssen „jeder nach Fortbildung Strebende, in den Formen des geselligen Anstandes sich Bewegende" Zutritt haben solle „ohne Unterschied der Feinheit seines Rockes". Er erkannte das Erscheinen der jungen Leute im Verein eben als einen Beweis dafür, daß sie nach Fortbildung Verlangen trügen, daß sie „Empfänglichkeit für die Hochgedanken des Lebens" hätten. Der Verein aber dürfte die jungen Leute nicht von sich weisen, denn andrerseits sei es ein „Erziehungsakt", wenn der Verein sie „von leeren Zerstreuungen ab- und auf ernstere Lebenszwecke hinlenken und eine tüchtige Gesinnung in ihnen bilden" könnte, damit „die Zukunft in Dorf, Stadt und Staat" Männer nach ihrem Bedürfniß bekäme. Aber, wendet er ein, bloß jung an Jahren sein, sei nicht schon die rechte Jugend. Die rechte Jugend sei: „seiner Zeit angehören, von ihren Ideen bewegt, ergriffen sein, ihre Leiden mitleiden, für ihre Hochgedanken kämpfen, an ihren Hoffnungen sich erfrischen. Wer nach dem durch Preußens Leidens- und Ruhmesgeschichte zu Grunde gerichteten Grundsatze des Philisterthums: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, nichts mache als essen, trinken, schlafen und Abgaben geben, ohne zu wissen, welche Lebensfragen die Zeit seinem Volk, seinem Jahrhundert zur Beantwortung gestellt habe, der zähle, wie hoch er gestellt sein möge, nur im Steuerregister, aber die Locomotive der Zeit nähme ihn nur als Ballast mit."

In dieser Erklärung der rechten Jugend, und wohl hauptsächlich wegen der Verweisung der Ruhe als erster Bürgerpflicht in das Philisterthum sieht Denunciant den „offenbaren" Willen

taner Blätter trauen darf, so werden auch die Ultramontanen für das Fabrikgesetz votiren. Nur ein Beispiel, in welch' drastischer aber jedenfalls auch wirkungsvollen Weise die Ultramontanen das Gesetz vertheidigen, möge hier angeführt sein. Auf die Frage, wie sich die Katholiken zu dem Gesetz stellen sollen, antwortet ein ultramontanes Blatt: „Hatte nicht im alten Bunde der Gott Israels selbst durch Moses wie zur Schonung des Ochsen und des Esels, und zwar des vierfüßigen, auch ein Gesetz zum Schutze der Vogelbrut erlassen? Dies ist im alten Testamente nachweisbar. Im Evangelium aber heißt es: „Seht an die Vögel unter dem Himmel. ... Seid ihr nicht mehr, als sie?" Wir fragen nun im Hinblick auf jene evangelische Stelle: Hat man in der Schweiz ein Gesetz zum Schutze und zur Schonung der Vögel ohne Widerspruch angenommen und gutgeheißen, sollte dann ein Gesetz zur Schonung der Fabrikarbeiter, die hoffentlich doch als Menschen angesehen werden, nicht auch gerechtfertigt erscheinen? Ja, wir finden das Fabrikgesetz vom Standpunkt der Humanität, vom christlichen Standpunkt aus betrachtet, annehmbar; jedenfalls ist es nicht das schlechteste, was die Bundesgesetzgebung seit Jahren geschaffen." — Nach solchen Auslassungen ist es sehr wahrscheinlich, daß die Ultramontanen zum großen Theil für das Gesetz eintreten werden, natürlich weniger aus „christlicher" Liebe zu den Arbeitern, als um dem liberalen Fabrikantenthum für seine Unterstützung des „Culturkampfs" Eins auszuwischen.

— Klerikale „Wirthschaftspolitiker" in Italien! Wenn Crispi, der gegenwärtige Rundreisende Italiens, der an fremden Höfen seine Karte abgiebt (auch in Wien that er es), sagte, in Italien gebe es keine Sozialisten, noch Arbeiter- und Landbevölkerung, die sich um Politik kümmerten, so scheint ihn der Congreß, den in Bergamo die Klerikalen abhielten, eines Besseren belehren zu sollen. Normalarbeitstag, Gründung katholischer Arbeitervereine, Arbeiter-Sparkassen sind die Fragen, welche unter anderen diskutirt wurden; sie sorgen dafür, dem Volk Sand in die Augen zu streuen, dieses aber wird sie öffnen und sehen lernen, bis es der Schwarzen als Führer in seinen eigensten, seinen wirthschaftlichen Angelegenheiten, nicht bedarf. — In Bologna soll ein Arbeitercongreß stattfinden, welcher von den verschiedenen italienischen Arbeitervereinen beschickt wird und zu dem mancherlei Vorbereitungen an Vorlagen 2c. wirthschaftlicher und politischer Natur getroffen sind.

— Vom Kriegsschauplatze liegen Nachrichten von Wichtigkeit nicht vor, da beide Theile in Folge der durch anhaltendes Regenwetter herbeigeführten Grundlosigkeit der Wege zur Unthätigkeit verurtheilt sind. Erwähnen wollen wir spaßeshalber nur einer über Bukarest und Wien zu gleicher Zeit losgelassenen Depesche, die den Zustand der türkischen Armee in Plewna als einen wahrhaft trostlosen schildert. Nach der Depesche sollen türkische Deserteure nämlich ausgesagt haben, daß es den Truppen Osman Pascha's an Proviant, Kleidungsstücken und Munition fehle; die Soldaten wollten kapituliren und nur Osman Pascha weigere sich dessen hartnäckig. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß es den türkischen Soldaten nicht so wohl gehen wird, wie den Fabrikanten der erwähnten Depesche, aber der Umstand, daß es den Russen trotz des Aufgebots riesiger Kavalleriemassen nicht gelingen will, die ununterbrochen aufeinanderfolgenden Zufuhren nach Plewna zu verhindern, läßt zur Genüge erkennen, welche Bewandtniß es mit der Glaubwürdigkeit der Depesche hat. Uebrigens lauten die Mittheilungen über die Verpflegung der russischen Soldaten auch nicht sonderlich günstig, wohingegen die Armeelieferanten es ganz prächtig verstehen, ihr Schäfchen in's Trockene zu bringen. Man lese nur Folgendes aus dem „Neuen Wiener Tagblatt":

„Aus Bulgarien sind entsetzliche Nachrichten über die Lage der russischen Armee den Familien der auf dem Kriegsschauplatze Befindlichen zugekommen. Die meisten Abtheilungen, namentlich aber jene an der Jantra, leiden derartig an Lebensmittelmangel, daß sie oft Tagelang ohne einen Bissen Brod bleiben. Oft wird Zwieback vertheilt, welcher absolut ungenießbar ist. Die Truppen um Biela haben große Mengen von solchem Zwieback vernichtet. Bei Tirnowa hat ein Bataillon den Gehorsam verweigert, weil es vier Tage ohne Proviant gelassen wurde und jeder Soldat sich nur durch Betteln bei den Bulgaren nothdürftig erhalten konnte. An der Jantra und im Schipkapasse erhält die Mannschaft kaum den dritten Theil der gewöhnlichen Rationen. Die Proviant-Transporte gelangen sehr unregelmäßig an die Bestimmungsorte. Drei Divisionäre erklärten, sie können nur dann für die Aktionsfähigkeit ihrer Truppen einstehen, wenn der Höchstcommandirende ihnen erlauben werde, selbst die Verproviantirung zu besorgen. An warmen Kleidungsstücken fehlt es gänzlich. Bedeutende Sendungen von Mänteln gerathen regelmäßig „in Verstoß". Am Lom sollen bereits Todesfälle durch Kälte vorgekommen sein. Die Unordnung, welche in der Verwaltung der Intendanz herrscht, soll eine ungeheure sein. Ganze Convois von Proviant, Kleidungsstücken 2c. verschwinden spurlos. Die moralische Verfassung der Armee ist daher eine desperate. Offiziere wie Soldaten murren laut und stoßen täglich Drohungen gegen die Führer aus. Dieser Stimmung ist es zuzuschreiben, daß sogar Desertionen vorkommen. So wird erzählt, daß die Vorposten von Kaceljewo in's türkische Lager übergegangen seien. Die Generale selbst äußern sich in Folge dieser Zustände sehr kleinmüthig und haben nur noch wenig Hoffnung auf einen günstigen Ausgang."

Wir dächten, obige Schilderungen genügten zur Kennzeichnung der wahrhaft jammervollen Zustände, in welchen sich die russische Armee befindet.

— Wegen Theilnahme am allgemeinen Sozialistencongreß in Gent wurde Parteigenosse Leo Frankel in Pest vor die Polizei geladen, um Auskunft zu geben darüber: 1) in wessen Auftrage er den Congreß besucht habe und 2) wer die Kosten zu der Reise getragen habe. Die Pester Polizei, welche offenbar glaubte, Frankel habe im Auftrage eines „Geheimbundes" an dem Congreß Theil genommen, wurde von Frankel dahin belehrt, daß er nicht im Auftrage einer nicht zu Recht bestehenden Partei, sondern als Vertreter der ungarländischen Sozialdemokraten den Congreß besucht habe und daß die Reisekosten durch freiwillige Beiträge, über welche in der „Arbeiter-Wochen-Chronik" Ausweise vorlägen, aufgebracht worden seien. Der Liebe Müh' war also umsonst.

— Wir erhalten aus Frankfurt folgende Zuschrift:

„In Nr. 98 Ihres Blattes bringen Sie eine Notiz: Vaterlandsdank. In der „Königsberger Hartung'schen Zeitung" finden wir folgende Notiz: „Der einzige noch lebende sehr alte Schill'sche Volontair-Offizier, Herr Meske, der in Allenburg lebt, in Folge seines hohen Alters ganz erblindet ist und ein sehr dürftiges Leben führt, wird den 12. August cr. seinen 91. Geburtstag als unglücklicher Blinder armselig feiern. Möchten doch recht viele wohlwollende mitleidige Herzen an seinem Geburtstag wohlwollend denken, sein Alter, seine Verdienste, die er sich beim Schill'schen Corps mit seltener Bravour erworben hat, zu ehren und achten. — Den resp. Herren Offizieren in der Provinz dürfte es zur Ehre gereichen, dem alten unglücklichen blinden Kameraden an seinem Geburtstage aus mitleidigem Herzen eine kleine Unterstützung zu Theil werden zu lassen, um während der wenigen Tage seines unglücklichen, kummervollen Lebens, die schon gezählt werden können, seine Sorgen und Noth zu mildern." —

Hierauf schickte ich am 25. August cr. drei Mark an die „Hartung'sche Zeitung" in Königsberg, welche ich gestern zurückerhielt mit der Motivirung, daß der Aufruf für den 91jährigen Offizier auf Schwindel beruhe. Als Beleg füge ich den Abschnitt der Postnachweisung hier bei.

Ein Abonnent des „Vorwärts".

(Wir drucken einfach obige Zuschrift ab mit dem Bemerken, daß man sich in dieser Zeit der Fälschungen und des Schwindels nicht genug in Acht nehmen kann. Ob die „Königsberger Hartung'sche Zeitung" ihren Aufruf, wozu sie verpflichtet war, öffentlich widerrufen hat, wissen wir nicht, da sie uns nicht regelmäßig zu Gesicht kommt. R. d. „V.")

Manifest

an die sozialistischen Arbeiterorganisationen aller Länder.

In Folge des allgemeinen Sozialistencongresses, der vom 9. bis 15. Septbr. d. J. in Gent abgehalten wurde, haben die Delegirten der sozialistischen Arbeiterorganisationen Englands, Frankreichs, Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens eine allgemeine Union der sozialistischen Partei constituirt und nachstehenden Pakt unterzeichnet:

„In Erwägung, daß die soziale Emanzipation von der politischen untrennbar ist;

„in Erwägung ferner, daß das Proletariat als selbstständige, mit allen von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien in Opposition stehende Partei organisirt, jedes politische Mittel ergreifen muß, welches zur Befreiung aller seiner Glieder führen kann;

„in Erwägung, daß der Kampf gegen jede Klassenherrschaft weder lokal, noch national, sondern universell ist, und daß der Erfolg von der Verständigung und dem Zusammenwirken der Organisation der verschiedenen Länder abhängt;

„haben die Delegirten des zu Gent tagenden Allgemeinen Sozialistencongresses beschlossen, daß sich die von ihnen vertretenen Organisationen in allen ihren ökonomischen und politischen Bestrebungen gegenseitig moralisch und materiell zu unterstützen haben.

„Zu diesem Zwecke wird ein Bundesbureau gebildet, welches bis zum nächsten Congreß seinen Sitz in Gent hat, dem auch die Aufgabe überlassen wird, den nächsten Congreß einzuberufen und zu demselben die bezüglichen Vorarbeiten zu machen.

„Alle Organisationen, welche dem gegenwärtigen Pakt beigetreten sind oder beitreten werden, sind gebeten, ihre Zeitungen und sonstigen Publikationen regelmäßig dem Bundesbureau zuzusenden."

(Folgen die Unterschriften der Delegirten obengenannter Länder.)

Wir verkünden die Nothwendigkeit der politischen Aktion als eines mächtigen Mittels der Agitation, der Propaganda, der Volkserziehung und der Gruppirung (Organisation).

Die gegenwärtige Gesellschaftsorganisation muß gleichzeitig von allen Seiten und mit allen Mitteln, über die wir verfügen, bekämpft werden. Die Politik, die Gesetzgebung, die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten bilden eine dieser Seiten, und die Reform der Gesetze, die Entsendung von Sozialisten in die Parlamente, die Wahlagitation, öffentliche Kundgebungen zur Erlangung ökonomischer, politischer, bürgerlicher Rechte, sind ebenso viele Waffen, die es eine Thorheit wäre in den Händen unserer Feinde zu lassen. Weg drum mit der politischen Enthaltung! In allen Ländern, wo die Arbeiter das Recht haben, an den Wahlen theilzunehmen, müssen sie sich als politische Partei constituiren, um in die Parlamente und Gemeindevertretungen Delegirte zu schicken; und in den Ländern, wo die Arbeiter das Wahlrecht nicht haben, müssen sie Alles aufbieten, um sich dieses Recht zu erringen.

Ist das Parlament nicht eine Tribüne, von welcher herab der sozialistische Abgeordnete zu dem ganzen Lande spricht, und so das Bürgerthum und die Arbeiter sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen zwingt? Und die Wahlbewegung, die öffentlichen Diskussionen über die sozialistischen Candidaturen — bringen sie nicht die soziale Frage vor die ganze Gesellschaft, selbst wenn der sozialistische Candidat unterliegt? Und verdankt nicht die deutsche Sozialdemokratie wesentlich dem Umstande, daß sie auf allen Gebieten: dem der Politik, der Wissenschaft, der Oekonomie u. s. w. den Kampf führt, ihre großartige Organisation, die geistige Regsamkeit, durch welche sie sich auszeichnet?

Alle unabhängigen und denkenden Menschen wollen, daß die Unwissenheit auf immer ausgerottet werde, daß die Ungerechtigkeit und das Privilegium von dieser Erde verschwinden, daß Elend und Hunger nicht mehr das Loos derjenigen seien, welche arbeiten, und Wohlbefinden und Ueberfluß nicht mehr das Loos derjenigen, die nichts produziren.

Wohlan, um zu dieser Lage zu gelangen, welche das große Ziel des modernen Sozialismus ist, müssen die lebenden Geschlechter — das ist ihre heilige Pflicht — die Hindernisse vermindern, die Schranken, welche den Weg absperren, niederwerfen, und provisorische Einrichtungen, welche uns dem Ziel näher bringen, begründen oder annehmen.

Der Sozialismus soll nicht blos eine reine Theorie, eine Spekulation über die wahrscheinliche Organisation der künftigen Gesellschaft sein, sondern er soll sein eine lebende und reelle Sache, soll sich kümmern um die thatsächlichen Bestrebungen, um die unmittelbaren Bedürfnisse, um die täglichen Kämpfe der arbeitenden Klasse gegen die Monopolisten des gesellschaftlichen Kapitals, welche auch die Monopolisten der gesellschaftlichen und staatlichen Gewalt sind.

Der Bourgeoisie ein politisches Vorrecht entreißen; bisher isolirte Arbeiter in Assoziationen organisiren; durch Arbeitseinstellungen oder Gewerkschaften eine Verminderung der Arbeitsstunden erwirken — das heißt ebenso gut an dem Bau der neuen Gesellschaft arbeiten, als wenn man tiefsinnige Nachforschungen über die gesellschaftlichen Einrichtungen der Zukunft anstellt.

Mögen die Arbeiter, die noch nicht gruppirt sind, sich zusammenschließen und organisiren! Mögen die, welche blos auf ökonomischem Gebiet organisirt sind, in die politische Arena herabsteigen! Sie finden dort die nämlichen Gegner, das nämliche Ringen; und jeder Sieg, der auf dem einen Kampfplatz erfochten wird, ist das Signal eines Triumphs auf dem andern.

Möge bei jedem Volk die Klasse der Enterbten sich als große, von allen Bourgeoisparteien scharf abgegrenzte Partei constituiren, und möge diese sozialistische Partei Hand in Hand marschiren mit der sozialistischen Partei aller übrigen Länder!

Es gilt den Kampf um all' Eure Rechte, es gilt die Vernichtung aller Privilegien!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Im Namen der allgemeinen Union der sozialistischen Partei

Das Bundesbureau.

Der correspondirende Sekretär: E. van Beveren,
Rue Courte du Bateau 5, Gent.

Für das Comité der Genter Arbeiter-Assoziationen
Der Sekretär: E. Anseele.

Für die affiliirten Gesellschaften
Cigarrenarbeiter: K. Rouck.
Spinner: De Backer.
Junge Sozialisten: Coryn.
Metallarbeiter: Vanderheggen.
Flachsspinner: Beke.
Maler: P. De Smet.
Genter Sektion der sozialistischen Partei: P. De Witte.
Weber: P. De Wachter.

Nachschrift: Alle Zeitungen, denen wir das obenstehende Manifest zuschicken, werden gebeten, es abzudrucken, und die Blätter, in denen dies geschehen ist, dem korrespondirenden Schriftführer E. van Beveren, Rue Courte du Bateau 5, Gent, zuzuschicken.

Correspondenzen.

—o— **Frankfurt a. M.**, 30. Sept. Eine Correspondenz in Nr. 110 des „Vorwärts" aus Halle a. S. unterzog sich der zwar keineswegs angenehmen, aber desto zeitgemäßeren und dankenswerthen Aufgabe, allen jenen — Ehrenmännern, die so viel von der Untergrabung der Sittlichkeit durch die Sozialisten zu erzählen wissen und oft vor lauter sittlicher Entrüstung ihre eigene — Sittlichkeit nicht sehen, einen Spiegel vorzuhalten. Es werden da zahlreiche Illustrationen zum Thema jener „Sittlichkeit" geliefert. Wir Frankfurter haben nicht nöthig, erst auf dem Halle'schen „Viehmarkt" Rundschau zu halten — wir können das z. B. auch alljährlich zweimal hier während der Messe thun. Dann sind auch noch eine oder ein paar „Riesendamen" zu einer stereotypen „Sehenswürdigkeit" geworden. In puncto „Sittlichkeit" brachte auch die „Deutsche Reichspost" vor acht Tagen eine Correspondenz aus Stuttgart, die als Ergänzung der Halleschen „Viehmarkts"-Bilder hier einen Platz finden möge. Dieselbe lautet:

„Unter 21 Fällen, welche demnächst vor dem Schwurgericht Tübingen verhandelt werden, sind 10 Vergehen wider die Sittlichkeit. Unter 14 Fällen, welche das Schwurgericht in Heilbronn abhandeln wird, sind 9 solche Vergehen. In Ellwangen ist unter den drei zu behandelnden Fällen ebenfalls einer ein sittliches Vergehen. Welche schreckliche Progression der Unsittlichkeit weisen diese Zahlen auf! Wie unthätig aber bleibt gleichwohl Polizei und Regierung gegenüber der Errichtung von Schankwirthschaften, Singhallentheatern und anderen Dingen, die in dieser Massenhaftigkeit nur dann bestehen können, wenn sie zu unsittlichen Lockmitteln greifen und so indirekt dem Laster Vorschub leisten. Wer einmal solch ein Café chantant gesehen und die dort zum Vortrag gekommenen Lieder gehört hat, kann nicht begreifen, daß diesem Unfug, der unserer Jugend das seelenverderblichste Gift der Unterhaltung bietet, nicht gesteuert wird. So hat die königliche Regierung eben in diesen Tagen die Eröffnung eines Singhallentheaters in Canstatt ohne Umstände concessionirt."

Der von dem conservativen Blatte gerügte sog. Tingeltangel-Unfug florirt, wie so manche andere moderne Culturblüthe, hier wie in allen größeren Städten, und ist wohl schon, Dank unsrer ja alle Welt beleckenden Cultur, bis nach Krähwinkel und Schildburg, wo einst der ehrsame Hieronymus Jobs sein ruhmreiches Leben als Nachtwächter beschloß, gedrungen. Man muß schon einmal in einem solch' modernen „Vergnügungs"orte gewesen sein, muß gehört haben, wie, wenn die Stimmung eine „gehobene" wird, auch die „Vorträge" jener meist dunklen Existenzen männlichen und weiblichen Geschlechts „freier" werden, um zu begreifen, daß es sich kaum noch der Mühe verlohnt, wenn die Sozialisten zur Abschaffung der Sittlichkeit Hand an's Werk legen. Heutzutage hat man Wichtigeres zu thun, als Unsittlichkeits-Unkräuter zu vertilgen. Was braucht's Moral — laßt uns lieber „mit vereinten Kräften" die Feinde des Reichs,

---

Wander's, „die Zuhörer aufzumuntern sich in die politischen Kämpfe der Zeit zu mischen und nicht in einem friedlichen Bürgerleben zu verharren."

(Fortsetzung folgt.)

— Das Dresdener königl. statistische Bureau kann seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Es hat vorzüglich den Zweck, die Staatszustände zu erforschen. So hätte es besonders jetzt die Aufgabe, damit der sächsische Landtag Unterlagen für eine event. Revision des Einkommensteuergesetzes gewinnt, festzustellen: Wie hoch beläuft sich der Ertrag der Steuern, wie hoch der der einzelnen Steuerklassen, wie stellt sich die Besteuerung des Gewerbes zum Grundbesitz 2c. Alle diese Fragen sind brennende für die Steuergesetzgebung. Wie nun die „Dr. Nachr." in einer das Ministerium wohl gestreift habenden Notiz mittheilen, konnten die Arbeiten vom statistischen Bureau nicht fertig gestellt werden. Warum das nicht möglich, wird sofort klar, so sagt unser Dresdener Parteiorgan, wenn man bedenkt, daß Herr Böhmert, der Herausgeber der „Sozial-Correspondenz", Direktor des genannten Bureaus, und Herr Arthur von Studnitz Hilfsarbeiter dort ist 2c. Bezahlen aber die sächsischen Staatseinwohner Herrn Böhmert dazu, daß er die Arbeiter und deren Bestrebungen beschimpft, verlästert und verketzert und ganz Deutschland — in der Zeit der jetzigen Lebensmittelverfälschung — durch seine „Correspondenz" geistig verfälschte Nahrung bietet, oder dazu, daß er und sein Bureau ihren Verpflichtungen nachkommen können?

— Zur Demoralisation der heutigen Gesellschaft. Eine Annonce aus dem „Amtsblatt des königl. Bezirksgerichts, des Rathes und Polizeiamtes der Stadt Leipzig". In seiner Nummer vom 9. Oktober bringt dieses Blatt Folgendes: „Ein vermögender älterer Herr von auswärts, welcher wöchentlich zweimal Leipzig geschäftshalber besucht, sucht die Bekanntschaft einer anständigen (!), jungen (!), unabhängigen (!) Wittwe zu machen, um mit ihr gemeinschaftlich Theater und Concerte zu besuchen, und gute Unterhaltung zu pflegen. Geehrte briefliche Offerten bittet man in der Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse in Leipzig sub S. K. niederzulegen." — So wird die Prostitution zu einem öffentlichen Institut erhoben!

— Die preußischen Kassenanweisungen von den Jahren 1854, 1856 und 1861 verlieren am 30. März k. J. ihren Werth. Jedenfalls werden die Inhaber solcher Cassenanweisungen, namentlich die im fernen Auslande und besonders außereuropäischen Ländern, gut thun, diese Präclusivfrist nicht zu versäumen, da mit Ablauf derselben das erwähnte Papiergeld durchaus werthlos ist und bleibt.

hauptsächlich die „Petroleumsbummler“ — wie der be—rühmte Sendbote, der den etwas sonderbaren Namen „Hinkender Bote“ führt, mit gewiß unübertrefflicher Geistreichigkeit die Sozialisten nennt — niederknüppeln!

Noch ein kleines Sittlichkeitsbild — im Anschluß an den neulichen Artikel des „Vorwärts“: „Das Verbrecherthum in der Tagespresse.“ Der hiesige „General-Anzeiger“, dessen Auflage sich nach eigener Angabe auf 18,000 Exemplare beläuft und der seinem Inhalte nach nur aus Anzeigen und in der mit ihm verbundenen „Extrabeilage“ aus Lokalnachrichten und Feuilleton besteht, bringt, wie alle hiesigen Blätter, regelmäßig Berichte von der hiesigen Strafkammer. Was soll man nun davon halten, wenn in einem solchen Blatte, das seiner Natur nach gerade hauptsächlich vom weiblichen Geschlecht und wohl auch von vielen unerwachsenen Leuten beiderlei Geschlechts gelesen wird, ganz ungenirt — als wenn etwa von einem gestohlenen Apfel die Rede wäre — folgende Strafkammer-Fälle vom 22. September mitgetheilt werden:

„August Erckel aus Witzenhausen ging mittellos zu einer Dirne in die Rosengasse. Als er bezahlen sollte, kam es zu einem Skandal, der die Nachtwächter herbeilockte. Dem einen derselben bot er, falls er ihn nicht sofort, sondern erst des andern Tags anzeige, später für seine Freilassung, 6 Mark. Des Bestechungsversuchs ohne mildernde Umstände für schuldig befunden, erhielt er einen Monat Gefängniß. — Johann Astner von München, wegen Diebstahls schon mit drei Jahren Gefängniß bestraft, ist eine jener catilinarischen Existenzen, von welchen man weiß, daß sie da sind, aber nicht wovon sie leben. Dagegen, Louis zu sein, wehrt sich der Beklagte, gleichwohl wird er häufig in Gesellschaft von Dirnen als Cavalier betroffen. Seine Ritterlichkeit trieb er jüngst, als er von der Allemannia eine Vestalin heimführte, so weit, daß er für sie mit seiner Person gegen einen Schutzmann einsprang, und deren Verhaftung wegen Uebertretung der Controlvorschriften nicht zulassen wollte. Bei seinem Transport griff er mehrmals mit der Hand nach der rechten Brusttasche, wurde aber jederzeit am Erfassen des darin befindlichen Gegenstandes, der sich später als Dolch herausstellte, verhindert. Im Hinblick auf die Gefährlichkeit des Individuums wurde auf zwei Monate Gefängniß erkannt.“

„Die Sozialisten untergraben die Sittlichkeit“, schreien unsere „Ritter vom Geiste“. Ja, sie haben vollkommen Recht, ein-, zwei-, dreimal Recht, diese Art von „Sittlichkeit“ soll und muß abgeschafft werden. „Der Sozialismus ist eine Sumpfpflanze!“ Wieder Recht! Legen wir den Sumpf trocken, fegen wir mit frischer Kraft den Schlamm weg, damit die Pflanze Luft bekommt!

Bochum, 2. Oktober. Der Redaktion des „Vorwärts“ wird es vielleicht angenehm sein, von Zeit zu Zeit etwas über die Verhältnisse in unserem Industriekreise zu vernehmen (Natürlich R. d. „V.“), obwohl es gerade nichts Erfreuliches ist, was darüber zu berichten ist.

Wenngleich der Kreis Bochum vielleicht mehr als alle anderen des rheinisch-westphälischen Kohlenreviers unter dem Druck der Verhältnisse zu leiden hat, sind die hiesigen Arbeiter doch noch wenig zu der Erkenntniß ihrer Lage gekommen. Die Lage derselben ist in der That eine traurige, denn auf den hiesigen Gruben, welche die meisten Arbeiter beschäftigen, beträgt der Durchschnittslohn pro 8—9stündige Schicht 22½ Sgr., sodaß, wenn man wöchentlich 1 bis 2 Feierschichten in Abrechnung bringt, ein monatlicher Verdienst von ca. 15 Thlrn. übrig bleibt, wobei ein Familienvater, der alle Lebensbedürfnisse für baares Geld kaufen muß, doch nothwendig Hunger leiden muß. Trotzdem aber sind die von den Parteigenossen hier anberaumten Volksversammlungen bisher wenig besucht worden, was allerdings vielfach seinen Grund darin haben mag, daß die Agitation hier lau betrieben worden ist. Erst seitdem Parteigenosse Kuhl in Dortmund hier Versammlungen abgehalten, scheint mehr Leben in die Sache zu kommen, da derselbe es meisterhaft versteht, durch begeisternde Reden die Arbeiter aus ihrer Lethargie aufzuwecken. Auch die „Westfälische Freie Presse“ findet im hiesigen Kreise immer mehr Verbreitung, selbst in solchen Orten, von denen man es nicht erwarten konnte. Wem aber die hiesigen Verhältnisse bekannt sind und wer da weiß, wie abgeschmackt die hier erscheinenden liberalen Blätter sind, der wird es begreiflich finden, daß der logisch denkende Mensch sich nach besserer Lektüre umsieht. Wahrlich, wenn man diesen colossalen Blödsinn liest, den die hiesigen „reichstreuen“ Blätter ihren Lesern häufig auftischen, so begreift man nicht, wie es noch Leute geben kann, die sich daran erbauen können. In Folge des auf der rheinisch-westphälischen Conferenz in Duisburg gefaßten Beschlusses haben die Parteigenossen des Kreises Bochum einen besoldeten Colporteur angestellt, der für die Verbreitung sozialistischer Schriften in Stadt und Land zu sorgen hat und steht zu erwarten, daß durch diese Maßnahme der Sozialismus auch in solche Kreise eindringen wird, denen er bisher verschlossen war. —

— **Bei der am Dienstag, den 16. Oktober, stattgefundenen Stichwahl in Gera erhielten Brätter** (soz.) **222 St., Förster (fortschr.) 134 Stimmen; also Brätter gewählt.**

19. sächsischer Wahlkreis.

An die Partei- und Gesinnungsgenossen gelangt hierdurch die Nachricht, daß den 28. Oktober d. J. in der Gärtnerei in Lößnitz eine Conferenz stattfinden soll. Als hauptsächliche Tagesordnung ist zu betrachten, die weitere Berathung des früher angeregten Projekts und die Neuwahl des Centralortes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen (11 Uhr Vormittags) ist dringend nothwendig.

Geyer.

Für das Centralcomité:
C. Demmler. H. Kepmann.

An die Vorstände der deutschen Gewerkschaften.

Anläßlich der vom Genossen A. Kapell ergangenen Einladung zu einer Conferenz der Gewerkschaftsvorstände sieht sich Unterzeichneter zu nachstehenden Auslassungen genöthigt:

Es ist richtig, daß die Angelegenheit durch den „Vorwärts“ nicht zu Ende geführt werden kann, aber daraus ergiebt sich nicht die Nothwendigkeit einer Conferenz. Von einer Conferenz kann ich mir unter den gegenwärtigen Umständen nicht viel versprechen; man könnte sich dort nur über eine Vorlage einigen, welche einem allgemeinen Gewerkschaftscongreß unterbreitet werden müßte. Diese Vorlage würde aber, wollen wir etwas schaffen, was den allgemeinen Interessen entspricht, wieder öffentlich discutirt werden müssen. Ich mache daher den Vorschlag, von einer Conferenz abzusehen, dagegen aber soll die Angelegenheit der öffentlichen Discussion übergeben werden. Um dieses zu ermöglichen, wird eine Beilage zu den Gewerkschaftsblättern gegeben, welche zwei Seiten stark, im Format des „Pionier“, alle 14 Tage 1mal und so oft erscheint, als sich Gewerkschaften an dem Unternehmen betheiligen. Jede Gewerkschaft bezahlt eine Auflage. Die Fertigstellung übernimmt der, welcher hierzu durch Vorschlag der einzelnen Gewerkschaften mit relativer Majorität bestimmt wird, unentgeltlich. Die Beilage enthält nur auf diese Angelegenheit Bezug habende Kundgebungen. Als Unterlage zu den Discussionen sind die Vorschläge vom Genossen Kapell zu empfehlen, welche an und für sich beachtenswerth sind.

Ich glaube bestimmt, daß wir hierdurch einen Gewerkschaftscongreß vorbereiten können, von dem wir etwas Ersprießliches erwarten dürfen. Mit dem Geld, welches uns eine Conferenz kosten wird, können wir dieses Unternehmen vollständig bezahlen.

Etwaige Ansichten hierüber nimmt Unterzeichneter gern entgegen, auch erklärt derselbe sich bereit, die Ordnung der Angelegenheit zu übernehmen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
B. Klerx.
Gießen, Neustadt D. 201.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Oeffentliche Quittung.

Seit voriger Quittung sind nachstehend verzeichnete Gelder bei mir eingegangen:

a) Agitationsfonds.

Hof v. Joh. Wächter M. 5,00; Magdeburg d. L. Wille 16,95; Stötteritz d. E. Grude Ueberschuß v. Arbeiterfest 414,17; Glückstadt d. A. Doutiné 5,00; Johanngeorgenstadt d. Strobel 1,00; Kellinghusen d. Auer 11,00.

b) Unterstützungsfonds.

Hamburg: Lusttour der Stellmacher d. Fördig 17,34; von Klempnern 13,00; v. R. Praast 2,40; vom Stiftungsfest der Maler d. Eggers 27,00; von einer fröhlichen Zusammenkunft bei Geib 9,05; von Bartels' Tischlerwerkstelle d. Kleiner 4,25; vom Stiftungsfest der Töpfer d. Bahr 16,40; d. Fischer 8,00; Conventgarten-Versammlung d. Repen 4,89; d. Frau Feil vom Fest des Arbeiterfrauen- u. Mädchenvereins 17,29; vom Maurerball d. Staning 29,23; von C. Martens 4,00; vom Vereinigungsfest der Metallarbeiter u. Klempner d. Deisinger 23,75; von Martyr 50,00; von Justinianus 20,00; von Mercurius 20,00; von Silvanus 20,00; von Vulcanus 10,00; d. Juhls v. Schneidervergnügen 10,20; von H. L. beim Spiel 1,20. Ottensen v. Lange's Cigarrenfabrik 15,00; Steinwärder v. Ball d. Aug. Kerl 16,31; Verden d. Günter Ueberschuß v. Arbeiterfest 20,00; Rothenburgsort v. Concert u. Ball 13,00; Lübeck d. Haase 23,84; Hannover gesammelt in Loges' Keller 2,00; Meerane d. F. Voigt 5,00; Fuhlsbüttel d. Langloh 7,72; Stötteritz gesammelt auf dem Arbeiterfest 105,94; Iserlohn v. P. 1,00; Groß-Auheim d. A. Kronenberger 20,00; Offenbach a/M. von der Todtenfeier d. C. Bauer (Gesangverein Lassallea) 5,50; Dresden „dem großen Zweck ein kleiner Dienst“ von den Xylographen, Echo einer frohen Stunde 6,00; Forst v. R. 20,00; Braunschweig d. L. Bosse 15,00; do. v. K. d. Bracke 5,80; Ottensen v. der Todtenfeier 11,95; do. v. Pinneberger Fest der Lassallea 12,55; Frankfurt a/M. v. E. Lehm 5,00; Frammersbach v. Dr. K. Mook 5,00; Biebrich d. Th. Devaque v. Biebricher und Schiersteiner Genossen 5,61; Barmbeck d. Frau Cohrs v. Sommerfest des Arbeiterfrauen- und Mädchenvereins 14,58; Eimsbüttel d. Frau Kröger v. Arbeiterfrauen- u. Mädchen-Verein 16,00; Tutzing v. Werno 0,50; Eppendorf d. W. Wulf v. Arbeiterfest 16,60; Glückstadt d. A. Doutiné v. Fest 30,00; Essen gesammelt von 8 Parteigenossen 6,30; Stollberg v. Richard Frenzel 0,50; Johanngeorgenstadt d. F. Strobel 1,00; Lehe d. Ph. Krebs 6,20; Apenrade d. Gladewitz 1,00; Altona v. Carlson 2,00.

c) Wahlfonds.

Hamburg v. W. H. 4,00; Hannover v. L. B. d. Loges 3,00 und d. denselben v. Cigarrenarbeitern 1,00; Hamburg v. N. N. 0,70.

Hamburg, 15. Oktober 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Expedition. Limmer b. Hannover, Comité zum Kränzchen: Sie schulden noch für Annoncen Mk. 1,80. — Steinach, P. Ed. Wehder: Wir ersuchen um nähere Bezeichnung ihres Wohnortes, da es 6 Orte desselben Namens gibt. — M. Moll., Hof: Wenden Sie sich zunächst an dortige Post oder direkt nach Dresden an die Redaktion der betr. Blätter. Die Adr. genügt. — Mttlr Barmen: W. B.'s Aufenthalt war zuletzt Straßburg.

Quittung. Wibrcht hier Ab. 1,20. Wlthr Kiel Schr. 78,85. Arbeiterbildungsverein hier Ann. 2,70. Hsnpflg Gera Ab. 3,20. Bsch hier Ab. 3,40. Bmgrten Wilhelmshaven Ab. 16,00. Klsch Stettin Ab. 3,60. M. Ullrch Ab. 190,00. Brg Zeitz Ab. 3,90. F. Zhtnr Darmstadt Ab. 9,60. Schltr Dresden Schr. 25,00. Rdm Großenhain Schr. 32,00. Oßmnn Erfurt Ab. 22,40. Gßn Mülheim Ab. 2,00. Mhrs Hanau Ab. 29,65. Wßmnn Altona Ann. 0,90. Bglr Lunzenau Schr. 0,28. Krtzschmr Meuro Ab. 1,00. Schfr Gohlis Schr. 3,00. Dl Danzig Schr. 4,75. Hlbg Altenburg Schr. 6,00.

Colporteur Mathies in St. Johann-Saarbrücken wird um Antwort ersucht, ob die am 12. d. Mts. hier abgesandten Drucksachen zur Agitation angekommen sind.

Hamburg. W. Rudolph.

Fonds für Gemaßregelte.

B. Jacob u. Willecke hier 0,40. Bei einer Abschiedsfeier d. W. 3,62.

Hannover. **Sozialdemokratischer Wahlverein.**
Sonnabend, den **20. Oktober**, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11: (F. 164)
Oeffentliche Versammlung. [60
Tagesordnung: Vorlesung der Brochüre von B. Becker: Lassalle's tragisches Lebensende.
Der Vorstand.

Hildesheim. **Sozialdemokratischer Wahlverein.**
Jeden Montag, Abends halb 9 Uhr:
Mitgliederversammlung
wozu Jeder freien Zutritt hat. (m) [0,50

Leipzig. **Arbeiterbildungsverein.**
Querstraße 24.
Nächsten **Sonnabend**, den **20. Oktober**, Abends halb 9 Uhr:
Eröffnungsfeier.
Mitglieder und Freunde laden wir hierzu ein. [0,90
Nächste Woche beginnen in fast allen Unterrichtsfächern neue Curse.
Alles Nähere durch Inserate und Plakate.
Der Vorstand.

Osnabrück. **Arbeiter-Wahlverein.**
Montag, den **22. Oktober**, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemünze 21:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: Vortrag. Erniedrigung des Beitrages. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht [80
Der Vorstand.

Prachtvoll und **solid** gearbeitete
Einbanddecken
(**Goldpressung**) für die
„Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77
sind à Stück **M. 1,20 gegen baar** oder **Nachnahme** durch die Buchbinderei von **H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16** zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Parteibezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der **Expedition der „Neuen Welt“**, Leipzig, Färberstr. 12 II.

„Der arme Conrad.“
Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.
(**Dritter Jahrgang.**)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pfg.**, gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.**, einzusenden, wofür wir es **franco per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von **1 Dutzend aufwärts** berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ „ } **netto gegen baar.**

Expedition des „Vorwärts“, Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Fackel“, Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.

Absatz bis 15. Oktober 20,000 Exemplare.

Es erschien und ist sowohl direkt wie durch alle sozialistischen Zeitungsexpeditionen zu beziehen:

Volkskalender für 1878.

13 Bogen gr. 4. **Schön illustrirt.**

Preis: geheftet 50 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 75 Pf. 10 Stück geheftet 4,00, 100 Stück 30,00, bei direktem Bezuge gegen Baar oder Postvorschuß.

Inhalt:

1878 (Gedicht). Neuer Kalender und Erklärung desselben. Chronol. Charakteristik des Jahres 1878 und Festrechnung. Die Jahreszeiten von 1878. Die Finsternisse und der Merkur-Durchgang von 1878. Jüdische Feste. Buß- und Bettage. Wetterprophezeihungen. Kalenderzeichen. Kalendarium, mit Messen und Märkten, Schreibkalender, Planetenerscheinungen, Wetterprophezeihungen, Anekdoten. Unser Planetensystem. Kernsprüche aus „Der freie Mensch“ von Joh. Jacoby. Sinngedichte von Lessing. Die Stiefelchen, eine Geschichte aus dem Kleinmeisterleben von A. Otto-Walster. Schutz den Vögeln! Kanon, von Chamisso. Weit über's Meer, von Wilh. Blos. Kuckuck, von Glaßbrenner. Was ein guter Lehrer kann und was ein schlechter Lehrer nicht zu verantworten hat, von Ed. Sack. Der Gang um Mitternacht, von Herwegh. Die Sklaven-Emanzipation, von Glaßbrenner. Eine seltsame Geschichte. Vom Bau der Pflanzen. Die seltsamen Menschen, von Lichtwer. Nachts, von Prutz. „Heil Dir im Siegerkranz“, ein Beitrag zur Geschichte der Volkshymnen, von Ed. Sack. Die Entstehungsursache des Keuchhustens. Abenteuer eines Grafen mit seiner Milchschwester, von B. Becker. Der Stein der Mutter oder die Guahiba-Indianerin, von Chamisso. Das große Loos, von Langbein. Die Diebe, von Glaßbrenner. Insekten-Geschichten. Lied von dem deutschen Philister — Flora Germanica — Persönliche Sicherheit, von Hoffmann von Fallersleben. Die abgestellte Hungersnoth, von Rückert. Nieder mit den Fälschern! „Hütekinder“, von Ed. Sack. Blumen von Eis. Der Krieg im Orient. Testament Peter's des Großen. Drei helle Köpfe: Lessing, von W. Bracke; Joh. Jacoby, von S. K.; Karl Marx, von F. Engels. Der deutsche Reichstag, von einem sozialistischen Abgeordneten. Die Städtebevölkerung des deutschen Reichs. Tabellen: Portotabelle, Banknotenverzeichniß, Depeschen- und Wechselstempel-Tarif, Korn- und Fruchtrechnung, Trächtigkeitstabelle. Am Schlusse befindet sich ein vollständiges Verzeichniß der Messen und Märkte für die betreffende Ausgabe. Den nach der Nordseeküste gehenden Exemplaren wird die Ebbe- und Fluthtabelle der Nordsee beigelegt.

Illustrationen:

Titelbild. Monatsbilder. Erde und Mond. Die Planeten. Die Sonne und die Planeten. Durchgang des Merkur 1710, der Venus 1761. Riskästen. Pflanzenzellen, Markzellen, Holzzellen mit Verdickungsschichten, Zellen der Nadelhölzer, Längsschnitt eines Gefäßbündels. Baumwolle, Flachsfaser, Wollenhaar, Seidenfaden. Palmengruppe. Landschaft in Sibirien. Der Upasbaum. Die drei Grazien, kalifornische Mammouthbäume. Tropischer Palmenwald. Mangrove-Wald im Tieflande von Ecuador. Ameisen, von einem Raubzug zurückkehrend. Ameisen, im Bau eines gedeckten Weges gestört. Schneekristalle. Lessing's Denkmal zu Braunschweig. Portraits: Gotth. Ephr. Lessing; Johann Jacoby; Karl Marx. Sitzungsaal des deutschen Reichstages.

Der Kalender dient der Aufklärung und der Sache des Volks.

Bestellungen werden erbeten von

Braunschweig, 1. August 1877. **W. Bracke jr.**

Soeben erschien das 1. (Probe-) Heft der Zeitschrift:

Die Neue Gesellschaft.
Monatsschrift für Sozialwissenschaft

herausgegeben
von
Dr. F. Wiede.

Der Charakter dieser Zeitschrift ist ein **entschieden sozialistischer** und **streng wissenschaftlicher**, was durch die hervorragendsten sozialistischen Gelehrten auf dem Gebiete der Sozialökonomie und Statistik, Sozial- und Naturphilosophie, Rechtswissenschaft, Culturgeschichte, Hygieine und Pädagogik etc. etc. gewährleistet wird.

Das 1. (Probe-) Heft der „Neuen Gesellschaft“ enthält: Vorwort vom **Herausgeber.** — Die Strömung in der Gesellschaft wider den Sozialismus von **Dr. A. Dulk.** — Ueber die natürliche Zuchtwahl in der menschlichen Gesellschaft von **Dr. A. Schaeffle.** — Wissenschaftliche Ketzerverfolgungen der Neuzeit mit Rücksicht auf die Zukunft der deutschen Universitäten von **Dr. Ludwig Büchner.** — Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Oesterreich von **Joh. Most.** — Die Halbheit des juristischen Studiums von **Dr. M. L.** — Die medizinische Wissenschaft und die Sozialreform von **Dr. Aug. Theod. Stamm.**

Die Zeitschrift erscheint monatlich in **elegantester** Ausstattung 3 bis 4 Bogen stark in Lexikon-Oktav.

Abonnementspreis pro Quartal 3 Mark.

Zu beziehen direkt durch die Expedition der „Neuen Gesellschaft“ in Zürich (ohne Portoberechnung), sowie durch alle Buchhandlungen.

Zürich, Herbst 1877.

Verlag der „Neuen Gesellschaft“.

Neue Welt
Heft 1 Jahrgang III. (mit dem 1. Oktober a. c. beginnend)

ist versandtfertig und wird **nur auf ausdrückliche** Bestellung geliefert. Wir bitten also, rechtzeitig Nachricht hierher zu geben.

Leipzig, den 10. Oktober 1877.

Die Expedition der „Neuen Welt“.
Färberstr. 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.